

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/131

13. Juli 1977

Das Gespräch ist wichtig

Die Kritik an der Praxis des reformierten § 218 geht am Kern vorbei

Von Prof. Dr. Hans-Georg Wolters
Staatssekretär beim Bundesministerium für Jugend, Familie
und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 44 Zeilen

Ein entscheidender Schritt ist getan

Europas Außenminister beschließen gemeinsame Afrika-Politik

Von Lenelotte von Bothmer MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Illegales Waffengeschäft wird schwieriger

Stolze Erfolgsbilanz der deutschen Sicherheitsorgane

Von Heinz Pensky MdB
Obmann für Innere Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Heintz G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 35/39
Telex: 05 86 646-66 ppon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Das Gespräch ist wichtig

Die Kritik an der Praxis des reformierten § 218 geht am Kern vorbei

Von Professor Dr. Hans-Georg Wolters

Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Von katholischer Seite ist Kritik an der Praxis des reformierten § 218 geübt worden. Dazu sind einige Bemerkungen angebracht.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist niemals als "Erfolg" anzusehen. Er ist immer das letzte Mittel, wenn einer Frau nicht zugemutet werden kann, ein Kind zu bekommen und es großzuziehen. Die in 50 Prozent der Fälle geltend gemachte Notlagenindikation einfach in eine allgemeine Anklage gegen die Gesellschaft umzuwandeln, ist oberflächlich und hilft nicht. Schwerwiegende Partnerprobleme, außergewöhnlich belastende familiäre Situationen, längst noch nicht überholte Vorurteile, etwa gegen ein uneheliches Kind, werden häufig lediglich als statistische Daten beurteilt. Tatsächlich geht es um viele tausende von bedrückenden Einzelschicksalen. Keine Frau betrachtet es als ein Vergnügen, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.

Sinn und Zweck der sozialen Beratung ist es, Frauen in der Verzweiflung wirklich zu helfen. Das heißt einerseits, daß man ihnen die verschiedenen angebotenen Hilfen nennt, vor allem aber die Möglichkeit zum nachdenklichen und erwägenden Gespräch mit unbeteiligten Dritten eröffnet. Das gab es vor der Reform nicht. Ich werte es deshalb als Erfolg, daß sich 16 Prozent der Frauen nach einer Beratung entschließen, ihr Kind auszutragen.

Andererseits darf weitere Hilfe auch den Frauen nicht verweigert werden, die nach sorgfältiger Selbstprüfung trotz Beratung an ihrer Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch festhalten. Diese Frauen finden und finden immer Wege, ihren Entschluß zu verwirklichen. Die Zahl von 20.000 legalen Schwanger-

schaftsabbrüchen vor der Reform ist also mit der erwarteten von bis zu 120.000 pro Jahr nachher überhaupt nicht vergleichbar. Ich halte es allerdings für einen Erfolg, daß jährlich mehr als 100.000 Frauen Kriminalisierung erspart bleibt und daß sie nicht mehr entweder Kurpfuschern ausgeliefert oder unerträglich zur Kasse gebeten werden.

Keiner kann eigentlich wollen, daß auch in Zukunft noch viele Frauen ins Ausland fahren müssen. Voraussetzung dafür ist, daß soziale Beratung überall ausreichend angeboten wird und nirgendwo eine ratsuchende Frau Angst davor haben muß, daß die Grenze zwischen Beratung und Bevormundung überschritten wird. Frauen in einer Notlage, die auf dem Schwangerschaftsabbruch bestehen, den Gang zur Indikationsfeststellung und gegebenenfalls zum geeigneten Krankenhaus nicht zu erleichtern, wirkt als unterlassene Hilfestellung.

Ebenfalls als Erfolg beurteile ich, daß anlässlich einer Beratung Frauen mit Methoden der Empfängnisverhütung vertraut gemacht werden können. Völlige Unkenntnis darüber bei etwa der Hälfte der Frauen in einer Beratungsstelle ist erschreckend. Männer halten es bedauerlicherweise ohnehin für überflüssig, über Empfängnisverhütung informiert zu sein.

Für die Bundesregierung gilt:

1. Familienplanung ist besser als Schwangerschaftsabbruch.
2. Ungeborenes Leben ist durch Beratung wirksamer zu schützen als durch Strafandrohung.
3. Frauen, die in Not unabänderlich ihre Schwangerschaft abbrechen wollen, haben Anspruch auf jede menschliche und in unserem Rechts- und Sozialstaat mögliche Hilfe. (-/13.7.1977/bgy/ca)

+ + +

Ein entscheidender Schritt ist getan

Europas Außenminister beschließen gemeinsame Afrika-Politik

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ein entscheidender Schritt ist getan: Endlich haben Europas Außenminister und damit hoffentlich ihre Regierungen sich auf eine gemeinsame Afrika-Politik festgelegt. Endlich ist das Feld der klassischen Außenpolitik auf die Nord-Süd-Achse ausgedehnt worden.

Was vor kurzem noch ganz unerreichbar erschien, ja was als unsittliches Begehren abgetan wurde, wird nun im Resümee der Außenminister in Brüssel verkündet: Europa will einen Verhaltenskodex für Europas Wirtschaftspartner in Südafrika festlegen, es will Bürgschaften und Kredite für das Geschäft mit Südafrika unter die Lupe nehmen, es spricht sogar von Handelsembargo.

So oft bisher auch - anhand untersuchter Fakten - erklärt wurde, daß Europa, daß die Bundesrepublik Deutschland das Apartheid-Regime durch das eigene starke wirtschaftliche Engagement stütze und stärke, so unverändert traf dies in Regierungsrängen auf taube Ohren. Und so deutlicher und leidenschaftlicher schwarze Politiker diese einseitige "weiße" Präferenz im südlichen Afrika anklagten, umso gleichmütiger wich man in Europas höchsten Kreisen auf lahme Gegenerklärungen aus. Man könne nur froh sein, daß wir, die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel, so viele Tochterfirmen in Südafrika habe, weil dadurch das Los der schwarzen Menschen in Südafrika bedeutend gebessert werde, hieß es bisher im nimmermüden Kanon von allen, die politische Verantwortung tragen. Ich erinnere an die Kleine Anfrage vom Frühjahr 1973, in der über 40 Abgeordnete der Regierungskoalition nach den Löhnen schwarzer Arbeiter bei deutschen Firmen in Südafrika fragten: Dies erregte weithin Mißfallen und brachte keine, auch nur annähernd zufriedenstellende Antwort.

Ganz allmählich ist in allerletzter Zeit die Einsicht gewachsen, daß Europas Partner in Afrika schwarz sind und sein werden, daß Menschenrechte auch schwarze Südafrikaner betreffen und daß gerade den weißen Südafrikanern nicht geholfen werden kann, wenn Europa und die USA deren starre rassistische Härte unterstützen. Auch die Weißen dort sind Afrikaner, sie müssen auch in Zukunft in ihrem

Land leben können, aber nicht mehr als die Alleinberechtigten, gesetzt über mindestens fünfmal so viele Nichtstaatsbürger. Auch ihnen kann nur mit Maßnahmen gedient werden, wie sie jetzt in Brüssel gefunden wurden: nämlich einlenken, Brücken bauen.

Das können die zahlreichen mächtigen westeuropäischen Firmen tun, indem sie mit klarem Beispiel schwarze Arbeiter und Angestellte den Weißen gleichsetzen, natürlich gleich bezahlen, Lehrlingsausbildung für Schwarze anbieten, die schwarzen Gewerkschaften unterstützen, die bisher keinerlei Rechte haben dürfen. Diese Maßnahmen, von USA-Firmen schon vor einigen Monaten für verbindlich erklärt, werden eine gewaltige Veränderung der politischen Landschaft bewirken. Das Wegfallen von Bürgerschaften ist ebenso ausschlaggebend: Es wird unter anderem das Vertrauen in die europäischen Länder wieder stärken.

Wir müssen uns auch fragen, warum hält sich das Gerücht so hartnäckig, daß die Bundesrepublik Deutschland Waffen an Südafrika liefere? Ganz sicher deshalb, weil deutsche wissenschaftliche Institute und Firmen bedeutend am Aufbau von Nukleareinrichtungen in Südafrika beteiligt sind. Diese Tatsache, muß man annehmen, wird nun endlich auch von politischer Seite in Frage gestellt.

Wir können froh darüber sein, daß in Brüssel soviel Einsicht und Entschlußkraft zusammengekommen ist: Kein einzelnes europäisches Land hätte mit entsprechenden neuen Schritten sehr viel erreichen können; Europa gemeinsam aber kann das. Es kann zum Nutzen Afrikas und seiner hartgeprüften Völker eine historische, weltweite Veränderung bewirken, es dient damit dem Weltfrieden und damit auch dem eigenen Interesse. Es ist höchste Zeit, daß Europas Außenminister eine gemeinsame Afrika-Politik konzipieren. Echte Unabhängigkeit der afrikanischen Völker und die Verwirklichung der Menschenrechte muß von der Seite der europäischen Länder klar und kraftvoll angestrebt werden, denn nur auf einer solchen Basis wird es überhaupt eine gemeinsame Zukunft geben.

(-/13.7.1977/bgy/ben)

+ + +

Illegales Waffengeschäft wird schwieriger

Stolze Erfolgsbilanz der deutschen Sicherheitsorgane

Von Heinz Pensky MdB

Obmann für Innere Sicherheit der SPD-Fraktion

Die deutsche Polizei bekommt die illegale Waffenszene immer besser in den Griff. Immer weniger "Ballermänner" geraten in die Hände von Terroristen und Gangstern. Folge der verbesserten Polizei- und Meldetechniken. Das gesetzliche Rüstzeug dazu hatte den Fahndern die Bonner Koalition geliefert, die in den siebziger Jahren ein für die Welt beispielhaft restriktives Waffenrecht zum Teil gegen den erbitterten Widerstand der Opposition durchgesetzt hatte.

Die Statistik spricht eine deutliche Sprache: Sowohl die Diebstahlsfälle von 2.270 auf 1.468 als auch die Zahl der gestohlenen Waffen von 4.273 auf 3.145 sind 1976 gegenüber dem Vorjahr drastisch zurückgegangen. Insgesamt konnte die Polizei 1976 17.344 Waffen sicherstellen. Die Vergleichszahl des Vorjahres: 18.410.

Von den 1976 sichergestellten 17.344 Waffen stammen 944 aus Diebstählen, 16.400 aus illegalem und legalem Besitz, davon wiederum 1.773 aus illegalem Handel und Schmuggel sowie 611 aus illegaler Herstellung. Jede fünfte der insgesamt konfiszierten Waffen ist zu einer Straftat benutzt worden. Der Anteil der bei politischen Extremisten sichergestellten Waffen betrug lediglich 0,09 Prozent.

Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung in dem Bereich des illegalen Handels und Schmuggels mit Waffen. Während die Zahl der gemeldeten Fälle von 412 (1975) auf 516 um rund 25 Prozent stieg, sank die Zahl der dabei sichergestellten Waffen um fast die Hälfte von 3.397 auf 1.993 im Jahre 1976. Offenbar wird es für die Gangster immer schwieriger, sich mit Waffennachschub auf den heimischen Märkten zu versorgen, so daß sie auf den schwierigeren und gefährlicheren Schmuggel umsteigen müssen. Diese Entwicklung gilt es mit besonderer Sorgfalt zu beobachten. Notfalls sind gesetzgeberische Initiativen zum Beispiel zu einer schnellen Harmonisierung des europäischen Waffenrechts voranzutreiben.

Nachschubprobleme gibt es auch bei Munition. Während 1975 noch rund eine halbe Million Patronen und Geschosse die illegale Szene überschwemmen, konnte die deutsche Polizei im vergangenen Jahr nur noch knapp 100.000 Patronen sicherstellen.

Resümee: Insgesamt ist die rückläufige Entwicklung im Bereich der Waffenkriminalität mehr als erfreulich und sichtbarer Ausdruck einer ohne Panikmache und Hysterie durchgeführten sachlichen Sicherheitspolitik der Koalitionsfraktionen von SPD und FDP. Randprobleme wie die Sicherung von Sprengstoffen - 9.176 wurden rund 430 Kilo gestohlen, 1975 nur knapp 100 Kilogramm - bedürfen ebenso der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden wie die offensichtlich nicht immer mit der nötigen Sorgfalt gehandhabten Sicherheitsvorkehrungen bei den Streitkräften. Dort ist bei der Zahl der Diebstahlsfälle ein leichter Anstieg von 184 auf 263 Waffen festzustellen - darunter der Diebstahl von 15 Panzerabwehrraketen aus Beständen der US-Streitkräfte. Bei einem Übungsschießen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken waren 163 Raketen ausgegeben und in einer einfachen Munitionskiste gelagert worden. (-/13.7.1977/vo-he/